



Detailansicht des Registereintrags

ING-DiBa AG

Stand vom 06.02.2026 12:33:31 bis 04.03.2026 09:25:23

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer:	R002164
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	06.02.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Theodor-Heuss-Allee 2 60486 Frankfurt am Main Deutschland Telefonnummer: +496950509069 E-Mail-Adressen: berlin@ing.de Webseiten: www.ing.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Schöneberger Str. 21A 10963 Berlin Telefonnummer: +496950509069 E-Mail-Adresse: berlin@ing.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr:	01/24 bis 12/24
Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

890.001 bis 900.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,20

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Lars Stoy**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Eddy Henning**
Funktion: Vorstand
3. **Michael Clijdesdale**
Funktion: Vorstand
4. **Dr. Ralph Müller**
Funktion: Vorstand
5. **Nurten Erdogan**
Funktion: Vorstand
6. **Nikolaus Maximilian Linaric**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **René Jakubeit**
2. **Thomas Bieler**
3. **Ronnie Schrumpf**
4. **Dr. Joachim Freiherr von Schorlemer**
5. **Valerie Schürenkrämer**
6. **Patricia Weiß**
Tätigkeit bis 09/23:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
7. **Michael Prifling**
8. **René Höhnlein**
9. **Eddy Henning**

Mitgliedschaften (21):

1. American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham)
2. Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA)

3. Atlantik-Brücke e.V.
4. Bankenfachverband e.V.
5. Bitkom e.V.
6. Bundesverband deutscher Banken e.V. (BdB)
7. Bundesverband für strukturierte Wertpapiere
8. Deutsches Aktieninstitut e.V.
9. Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. (de'ge'pol)
10. Frankfurt Main Finance e.V.
11. Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.
12. Initiative D21 e.V.
13. SPD-Wirtschaftsforum e.V.
14. Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V. (VAB)
15. Verband Deutscher Pfandbriefbanken e.V. (vdp)
16. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
17. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
18. Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA) e.V.
19. Bankenfachverband Bayern e.V.
20. Bankenfachverband Nord
21. Bankenfachverband Ost

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Bank- und Finanzwesen; Verbraucherschutz; Bürokratieabbau

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Seit unseren Anfängen in den 1960er Jahren unterstützen wir unsere Kundinnen und Kunden in Deutschland, ihre finanzielle Unabhängigkeit selbst in die Hand zu nehmen. Heute ist die ING mit mehr als zehn Millionen Kundinnen und Kunden die drittgrößte Bank Deutschlands. Hieraus erwächst eine gesellschaftliche Verantwortung.

Wir sind aktiv in politische und gesellschaftliche Diskussionen involviert, die für die Bank, unsere Kundinnen und Kunden und unsere Stakeholder von Bedeutung sind. Dabei pflegen wir den konstruktiven und transparenten Dialog mit einer möglichst breiten Basis an Interessensgruppen. Unsere wichtigsten Gesprächspartner sind Entscheidungsträgerinnen und Experten aus Politik und Verwaltung in Deutschland (Bundestag, Bundeskanzleramt und Bundesministerien) sowie Branchenverbände und Interessenvertretungen, wie etwa Verbraucherschutzorganisationen. Als führende Digitalbank stehen wir im Dialog zu einem vielseitigen Themenportfolio: von Digitalisierung und Nachhaltigkeit über Finanzmarktregulierung, Steuern, Baupolitik und den Kampf gegen Geldwäsche bis zum finanziellen Verbraucherschutz und Finanzbildung.

Außerdem werden gelegentlich Stellungnahmen und Positionspapiere zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt. Bei alldem vertreten wir auch die Interessen des Mutterkonzerns ING Groep N.V., da ein Gleichlauf der Interessen besteht.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Anpassungen des Vorschlags zur EU-Kleinanlegerstrategie

Beschreibung:

Wir setzen uns für geeignete Rahmenbedingungen ein, um die neue ETF-Kultur in Deutschland zu erhalten und den Zugang für Kleinanleger*innen zum Kapitalmarkt zu verbessern.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/9496 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Kapitalmarkt für Kleinanleger attraktiver machen

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250006 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Rechtssichere Anpassung des AGB-Änderungsmechanismus

Beschreibung:

Ziel ist, durch eine gesetzliche Regelung angemessene Anpassungen von Bedingungen und Preisen bei laufenden Dauerschuldverhältnissen im Verbraucher-Massengeschäft rechtssicher zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Änderungen bei der Schriftformerfordernis bei Verbraucherdarlehen

Beschreibung:

Die Schriftformerfordernis ist in Zeiten der Digitalisierung ein bürokratischer Nachteil für Verbraucher und Verbraucherinnen sowie Banken. Es sollte ein einheitlicher Standard etabliert und alle Finanzdienstleistungsbereiche gleichbehandelt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

4. Schaffung von bedarfsgerechten Rahmenbedingungen für digitale Identitäten, eIDAS, eID und Geldwäschevideoidentifikationsverordnung-Entwurf

Beschreibung:

Ziel ist, eIDAS und digitale Identitäten zum Erfolg zu verhelfen, um Innovation und Sicherheit im digitalen Bankwesen voranzutreiben und zu garantieren. Eine bedarfsgerechte Umsetzung ist dafür unabdingbar. Zudem soll die Alltagsrelevanz der eID über die Schaffung von Anwendungsfällen für Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft gesteigert werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Videolegitimation auch in Zukunft als eine GwG konforme Identifikationsmethode für eine große Zielgruppe als echte Alternative zur Verfügung steht.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG in der durch die Verordnung (EU) 2024/1183 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 geänderten Fassung (eIDAS-Durchführungsgesetz II) (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 22.10.2024

Federführendes Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GwG 2017 [alle RV hierzu]; VDG [alle RV hierzu]; PAuswG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

5. Einreichung einer Geburtsurkunden-Kopie bei Identifikation von Minderjährigen für die Eröffnung von Zahlungskonten

Beschreibung:

Wir setzen uns für eine praktikable, bürokratiearme und günstige Lösung bei der digitalen Kontoeröffnung für Minderjährige ein, wie z. B. die zulässige Einreichung einer digitalen Kopie der Geburtsurkunde statt des bislang geforderten Originaldokuments.

Betroffenes geltendes Recht:

GwG 2017 [alle RV hierzu]; ZIdPrüfV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250011 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

6. Energieeffiziente Modernisierung im Wohnungsbausektor mit der Schaffung einer zentralen Datenbank für EPC-Labels

Beschreibung:

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Modernisierung anzukurbeln, braucht es ausreichend öffentliche Finanzmittel und einen klugen und vor allem langfristig ausgelegten regulatorischen und förderrechtlichen Rahmen. Dabei streben wir u.a. die Schaffung einer Datengrundlage für die Steuerung von Gebäudeportfolios in Richtung von Nachhaltigkeitszielen an.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2411270005 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

2. SG2504150019 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

7. Harmonisierung der Berichtspflichten von deutschem Lieferkettengesetz, CSRD, CSDDD

Beschreibung:

Wir plädieren dafür, die Berichtspflichten von deutschem Lieferkettengesetz sowie CSRD und CSDDD so weit wie möglich zu harmonisieren und aufeinander abzustimmen. Doppelte, überlappende oder ähnliche Berichtspflichten sollten unbedingt vermieden werden.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu];
Klimaschutz [alle RV hierzu]

8. Harmonisierung der umsatzsteuerlichen Behandlung von Konsortialkrediten

Beschreibung:

Wir streben eine Harmonisierung der deutschen Steuerpraxis mit dem EU-Ausland an.

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

9. Bürokratieentlastung im Finanz-, Nachhaltigkeits- und Digitalbereich

Beschreibung:

Wir setzen uns für Bürokratieabbau ein, z. B. für eine pragmatische Regelung zur Änderung von AGBs per Zustimmungsfiktion, eine Harmonisierung der Berichtspflichten von deutschem Lieferkettengesetz, CSRD und CSDDD, eine EU-weite Harmonisierung der umsatzsteuerlichen Behandlung von Konsortialkrediten, Pflicht zur Abgabe von Geldwäscheverdachtsmeldungen bei Bagatelldelikten sowie den Abbau von Hindernissen bei Kontoeröffnung für Minderjährige und Schriftformerfordernis.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; GwG 2017 [alle RV hierzu]; ZidPrüfV [alle RV hierzu]; LkSG [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bürokratieabbau

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406250013](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. **Wahlfreiheit beim Bezahlen**

Beschreibung:

Deutschland hinkt bei der Digitalisierung des Zahlungsverkehrs im europäischen Vergleich hinterher. Noch immer akzeptieren viele Geschäfte und Behörden ausschließlich Bargeld. Studien zeigen eine klare Nachfrage nach digitalen Zahlungsmöglichkeiten in der Bevölkerung. Wir setzen uns für eine echte Wahlfreiheit beim Bezahlen ein.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2411270004](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. **Einführung einer Frühstart-Rente**

Beschreibung:

Wir begrüßen die geplante Einführung der Frühstart-Rente, die frühzeitiges Wertpapiersparen ermöglicht. Die Frühstart-Rente sollte ab Geburt starten, renditeorientiert und digital ausgestaltet sein, mit flexiblen Übergängen über alle Lebensphasen hinweg. Sie muss freiwillige Zuzahlungen, steuerfreie Umschichtungen und eine breite Auswahl verständlicher Anlageprodukte ermöglichen. Digitale Prozesse, staatliche Anspruchsprüfung und begleitende Finanzbildung sichern Effizienz, Teilhabe und Wirkung.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2507070003](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. SG2510290010 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

12. Anpassungen bei der Corporate Sustainability Reporting Directive (deutsches Umsetzungsgesetz) und dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Beschreibung:

Einheitliche Standards und ein stabiler regulatorischer Rahmen ermöglichen Investitionen und stärken die Innovationskraft. Eine weitreichende und undifferenzierte Deregulierung hingegen beeinträchtigt wirtschaftliche Planung und schadet der Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit. Stattdessen brauchen wir praxistaugliche Vereinfachungen und Harmonisierung, die Unternehmen in der Anwendung bestehender Regelwerke unterstützen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1857 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025 /794 geänderten Fassung

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/329 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtenabschaffungsgesetz - LkSAG)

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Bürokratieabbau

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510280023 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. **Impulse zu Digitalen Nachweisen als Fundament der European Digital Identity Wallet**

Beschreibung:

Ohne digitale staatliche Bescheinigungen & Urkunden können Staat & Unternehmen ihre Digitalisierungsziele nicht erreichen. Die EUDI-Wallet könnte ein entscheidender Schritt für die flächendeckende Nutzung digitaler Nachweise sein, wenn diese denn zur Verfügung stehen. Die EU verpflichtet die Mitgliedstaaten in Artikel 45e der Verordnung (EU) 2024 /1183, Register schrittweise zu öffnen & über standardisierte Schnittstellen zugänglich zu machen. Solange dies jedoch nicht flächendeckend verfügbar ist sowie für alles, was auch in Zukunft papierhaft bleiben wird, braucht es Lösungen, um digitale Prozesse zu ermöglichen & dauerhaft Papier sicherer zu machen. Unser Vorschlag: Digitale Siegel in Form eines maschinenlesbaren Codes, wie wir es bereit bei den Corona-Impfzertifikaten gehandhabt haben.

Betroffenes geltendes Recht:

VDG [alle RV hierzu]; GwG 2017 [alle RV hierzu]; PAuswG [alle RV hierzu]; OZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511040007 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. **Baupolitische Impulse für Neubau, Eigentumsbildung und Modernisierungen**

Beschreibung:

Wir begrüßen die im Koalitionsvertrag verankerten Vorhaben zur Stärkung von Neubau, Eigentumsbildung und energetischen Modernisierungen. Die politischen Weichen sind richtig gestellt – jetzt kommt es auf Tempo und Umsetzbarkeit an. Mit diesem Impulspapier möchten wir konkrete Vorschläge einbringen, wie die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen praxisnah und wirkungsvoll realisiert werden können und welche darüber hinausgehenden Maßnahmen denkbar sind.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511100005 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Heinrich-Konen-Straße 1, 53227 Bonn

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Zuschuss des Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) als Projektträger für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Gefördert wurde das Teilvorhaben "Banken als Identitäts-Hub: von der Rechtskonformität bis hin zur Alltagsrelevanz" im Rahmen des Verbundprojektes "IDunion - Aufbau eines dezentralen Identitätsökosystems". Grundlage der Förderung war der Innovationswettbewerb "Schaufenster Sichere Digitale Identitäten" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, der herausragende Ansätze für neue ID-Ökosysteme fördert, in denen sich Anwender und Anwenderinnen im Alltag mit ihrem Smartphone gegenüber Dienstleistern oder Behörden digital ausweisen können.

2. **European Health and Digital Executive Agency (HADEA)**

Europäische Union
European Commission, B-1049 Brussels Belgium

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Mit 143 Teilnehmern aus 19 EU-Mitgliedstaaten und der Ukraine erprobt POTENTIAL die EUDIW-Referenz mit der Umsetzung von sechs Anwendungsfälle (UC): „eGov Services“, „Kontoeröffnung“, „SIM-Registrierung“, „mDL“, „rQES“ und „ePrescription“. Die Interoperabilität und Skalierbarkeit der entwickelten Lösungen wird in jedem Anwendungsfall getestet. Dadurch wird eine Grundlage für eine einheitliche und

synchronisierte die Nutzung der Gesamtressourcen geschaffen, die Architektur und der Umfang der technischen Umsetzung angeglichen, mit den Schwerpunkten auf verbesserte Sicherheit und gemeinsame Standards für den Austausch personenbezogener Daten. POTENTIAL fördert die Wettbewerbsfähigkeit in Europa durch eine Beschleunigung von Geschäftsprozessen und Schaffung neuer Geschäftsmöglichkeiten in mehreren Sektoren.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Geschaeftsbericht-2024.pdf](#)